

## **Grußwort anlässlich des Jahresempfang der Bundesbank am 16.6.2022 von Herrn Vitt als Vorsitzender des Norddeutschen Bankenverband e.V.**

Sehr geehrter Herr Professor Würmeling,  
lieber Herr Dr. Bäcker,  
lieber Herr Dr. Dressel,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch von meiner Seite und im Namen des Norddeutschen Bankenverband wünsche ich Ihnen einen guten Tag sowie einen interessanten und gesunden Austausch. Schön, dass wir uns endlich wieder persönlich, und sogar auf Einladung der Deutschen Bundesbank begegnen, auch wenn immer noch Vorsicht geboten ist und aktuell die gefühlten Neuinfektionen wieder stark gestiegen sind. Bekanntlich ist die passende Balance zwischen Chance und Risiko, als auch Risiko und Chance ja gerade eine Kernkompetenz der hier anwesenden Persönlichkeiten. Also haben wir hier und heute hoffentlich trotz allem eine relativ hohe Sicherheit.

Zuerst hatte ich mir überlegt, die heutige Veranstaltung war ja bekanntlich schon für das letzte Frühjahr geplant, Ihnen über die Initiative von Dr. Edmund Stoiber und mir zur EZB-Zinspolitik und die EU-Geld- und Fiskalpolitik zu berichten

- eine politisierte EZB
  - mit großem Respekt habe ich die Entscheidung von Herrn Weidmann zur Kenntnis genommen
  - ein regelrechter Schuldenrausch in der Eurozone, so liegt die Staatsverschuldung der Eurozone bei durchschnittlich rund 95 Prozent des BIP, in der Schweiz liegt diese beispielsweise bei 27,5 %; in Italien aktuell bei 150 Prozent
  - kaum ein Land hält die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aktuell noch ein
  - eine maßlose Geldschwemme, die Bilanzsumme der EZB hat seit 2019 um fast 90 Prozent erhöht
  - Negativzinsen generell als schwieriges Instrument
  - Hohes Risiko von stark ansteigender Inflation sowie eines hohen Stagnationsrisikos für unsere Volkswirtschaft
  - etc.

Bis dato ist ja leider nichts passiert, unser lautstarker Ruf wahrlich verhallt. Dies, obwohl wir ein starker Chor waren mit... Stoiber, Steinbrück, Sinn, Zeitler, von Bomhard, Roland Berger... und

viele Gespräche geführt haben mit dem Bundestagspräsidenten, dem Präsidenten der Deutsche Bundesbank, Vertretern der Politik in Deutschland und Europa...

Nunmehr jedoch, mit der Entscheidung der EZB von letzter Woche, die Nettoanleihekäufe in drei Wochen einzustellen und eine erste Leitzinserhöhung im Juli vorzunehmen, bleibt mir nur zu sagen: sehr sehr lange überfällig, bei Inflationsraten von über 8 Prozent zu spät und leider auch viel zu zögerlich. Die FED geht da deutlich konsequenter vor, gestern erst mit einer deutlichen Zinserhöhung von 0,75% und einer weiteren Ankündigung für den nächsten Monate. Der bequemere Weg ist meistens nicht der bessere. Die EZB hat ihre Chance verspielt.

Dann hatte ich mir überlegt über alte und neuere und neueste regulatorische Vorhaben zu berichten bzw. zu kommentieren, mit denen sich unsere Branche so beschäftigt:

z.B.

- die **verschärften Eigenkapitalunterlegungen für Kredite aufgrund des Basel III-Regulariums**, die langfristigen Folgen für die Unternehmens- und Immobilienfinanzierungen haben werden, der jüngste Bericht des EU-Parlamentsberichterstatters lässt nichts Positives erwarten. Bringt uns Basel IV eine global wettbewerbsgerechte Umsetzung?  
Ich habe da meine Zweifel

oder weiter

- eine **Bankenabgabe**, ein Dauerbrenner der letzten Jahre, ebenfalls enorm Wettbewerbs verzerrend aus deutscher Sicht
- oder eine äußerst komplexe, teilweise noch unvollständige **EU-Taxonomie-Verordnung** mit einem enormen Wirkungsgrad als drittes Maßnahmenbündel zur Bekämpfung des Klimawandels neben Ge- und Verboten sowie dem CO2-Zertifikatehandel

Alles im Kern grundsätzlich sinnvoll und nachvollziehbare Projekte, alle aber mit einer überschießenden

Innentendenz, die deren Kerne manchmal verschwimmen lassen.

Aber, **meine Damen und Herren**, die Zeiten haben sich geändert!

Insbesondere **der prioritäre Blickwinkel unserer Wirtschaft und damit auch von uns Banken**, aber auch bei den Versicherungen und Finanzdienstleistern hat sich verändert:

Sahen wir in Deutschland die Welt bis vor kurzem **primär** von einer **geoökonomischen** Perspektive, so müssen wir notgedrungen den Erfolg unserer Geschäftsmodelle nunmehr von einer **geopolitischen, einer Macht politischen Perspektive** heraus betrachten.

### **Woran liegt das?**

An der dramatischen Abfolge der Krisen innerhalb von wenigen Jahren:

- das **Erkennen**, ja das reale **Erfahren der Folgen des Klimawandels auch im eigenen Land**, Stichwort Ahrweiler, Tornados oder Dürreperioden in Deutschland.
- die fast unvorstellbaren **Einschränkungen infolge der Bekämpfung einer weltweiten Pandemie**, gipfelnd in dem Einsperren von Millionen von Menschen in China, bis hin zu den einschneidenden Maßnahmen und gesellschaftlichen Diskussionen bei uns. Der Föderalismus hat sich dabei nicht von seiner besten Seite gezeigt, manche Politiker hatten anscheinend sogar überwiegend ihre Selbstinszenierung im Kopf und haben der Glaubwürdigkeit des politischen Systems spürbar geschadet.
- und die **Abkehr unseres europäischen Nachbarlandes Russland**, im Übrigen bereits in 2003/2004 getroffen und verkündet, sich nicht mehr für eine Entwicklung hin zu einer auf zivilen Werten beruhenden Ordnung zu entwickeln, was in einem barbarischen **Angriffskrieg** gegen die Ukraine im Jahr 2022 gipfelt.

**Meine Damen und Herren**, alle diese drei Krisen bedrohen insbesondere das deutsche Geschäftsmodell, welches auf eine global verflochtene Welt quasi angewiesen ist, mehr als die anderen Länder und im Grunde fast existenziell. Und damit auch unsere **Gesellschaft**, dadurch auch den sozialen Frieden und Zusammenhalt.

Als Gewinner einer seit zwei Jahrzehnten fortschreitenden Globalisierung, mit internationaler Arbeitsteilung und einer auf high-end produzierenden Wirtschaft im eigenen Land, als Exportweltmeister, der auf die Abwesenheit von Hindernissen, wie Zölle und Sanktionen, angewiesen ist, haben wir Deutsche uns von unserem Wohlstand blenden lassen und unseren Blick auf nicht ökonomische Risiken der Welt - ich will nicht sagen ausgeblendet – aber zumindest in der Priorisierung hintenangestellt.

Das kann man gut an **NorthStream2** erkennen. Wir Deutsche konnten und wollten uns nicht vorstellen, dass jemand der etliche Mrd. (bei 7,4 Mrd. Gesamtkosten!) in eine Gas-Pipeline investiert, dieses Investment durch einen leichtfertigen Angriffskrieg verspielt. Warnungen unserer europäischen Nachbarn und unserer internationalen Verbündeten hatten wir mit einer Mischung aus Naivität und Trotz ignoriert.

Wir konnten uns nicht vorstellen, dass Russland vom Westen verhängte Sanktionen nicht als wirtschaftlich schmerzhaft, sondern lediglich als eine Art hinzunehmenden Spieleinsatz betrachtet, um im Spiel mit den wirklich bedeutsamen Großmächten wieder mitzuspielen zu können.

Beides auf den Prinzipien der Ökonomie beruhende Fehleinschätzungen unsererseits.

Und Putin dachte, als er die Ukraine im Februar angriff, ein gutes Momentum auszunutzen, in dem sich die USA auf den indopazifischen Raum zu konzentrieren und die Europäer im Klein-Klein zu zerstreuen suchten.

Beides machtpolitische Fehleinschätzungen, diesmal seinerseits.

Denn nicht nur die Einsichten der westlichen Welt, dass man die Folgen des Klimawandels und die Bekämpfung der Pandemie, im Übrigen auch das weltweite Flüchtlingsproblem **nur zusammen und eigentlich nur multilateral bewältigen kann**.

Erst das Sicherheitsbedürfnis vor barbarischen Überfällen, haben NATO und EU - die beiden institutionellen Verbände der westlichen Welt - fast wider Erwarten gestärkt und deren Mitgliedsstaaten wieder näher zusammenrücken lassen.

Aber es offenbarte auch die fehlende Vorsorge, also quasi eine Versicherung, in der militärischen Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit. Die Abwesenheit von Krieg bedeutet eben keinesfalls die Sicherheit von Frieden. Wir sind aus einem fast bizarren Traum vom Ende der Geschichte jäh aufgeweckt worden.

Und das, **meine Damen und Herren**, bringt mich zu dem Punkt in meinem Grußwort beim heutigen Jahresempfang der Bundesbank hier bei uns im Norden:

**Wir müssen in Europa noch enger zusammenrücken, und zwar ökonomisch wie politisch.**

Warum ökonomisch?

Die Attraktivität der EU für Staaten und Unternehmen ist zwar auch auf deren Werteordnung, deren Freiheiten, deren Rechtsstaatlichkeit und seines Demokratieverständnisses begründet - zugegeben für den einen mehr, den anderen weniger.

**Der große Benefit in der EU dabei zu sein, Investieren zu dürfen, liegt jedoch in der Kraft des Binnenmarktes** mit weit über 400 Mio. Konsumenten, ähnlich groß wie im amerikanischen Markt.

Deshalb plädiere ich **ausdrücklich** für eine Vertiefung des Binnenmarktes. Dazu gehört ein europäisches und vor allem strategisches Ressourcing von system-relevanten Notwendigkeiten. Ola Källenius, der CEO von Mercedes, hatte kürzlich beim Bremer Unternehmer-Forum von der Aktivierung des 12. Mannes gesprochen, der Staat als Begleiter der Wirtschaft, nicht finanziell gemeint. China, aber auch die USA praktizieren dies längst und gehen sehr strategisch in der politischen Wirtschaftsförderung vor.

Und im Übrigen gehört dazu auch ein europäischer Kapitalmarkt und eine Bankenunion, nicht als Selbstzweck, sondern als effizientes Mittel zur Finanzierung der Transformation europäischer Unternehmen mit gewaltigen Beträgen in den nächsten Jahren. Wieso sollten wir auf amerikanische oder asiatische Finanzierungsmärkte oder gar nur auf den Staat angewiesen sein, wir brauchen ein passendes Setup für Europa.

Auch brauchen wir eine neue Sicht auf Unternehmen als globale Champions, und nicht nur aus binneneuropäischer Sichtweise. Der Fokus muss dabei aber immer auch auf die operationellen Risiken von Abhängigkeiten bei Lieferanten und Zulieferern gelegt werden.

Das ist Ausdruck einer wirtschaftlichen Souveränität, die erforderlich ist, um im ökonomischen Wettbewerb mit USA und Asien bestehen zu können.

**Und ich füge hinzu auch ein politisches Zusammenrücken ist dringend erforderlich.**

Die Menschen in den Ländern der europäischen Union haben, wenn man das Wahlverhalten kritisch analysiert, in den letzten Jahren den Sinn und Zweck der EU und ihre Funktionsweise nicht mehr verstanden. Das Einstimmigkeitsprinzip führt uns beispielhaft noch bestehende Konstruktionsfehler vor Augen.

Dass lag am politischen Klein-Klein, der mühsamen Kompromissuche, dem Demokratiedefizit der Institution an sich und an Kommunikationsdefiziten der Politik. Wir haben oder, ich korrigiere: viele Menschen in Europa hatten nach dem Ukraine-Überfall ein noch größeres Akzeptanzproblem der EU, die aber unsere Rahmenbedingungen maßgeblich setzt.

Wie gesagt, globale Krisen lassen sich nur mit globalen Gleichgesinnten und aus der Position der Stärke heraus bekämpfen.

Ich erinnere an den **Mut der fünf Gründungsstaaten mit Deutschland**, die nach einem demütigenden Angriffskrieg von Deutschland, die Weitsicht und die Courage hatten, ein Europa mit dem Angreifer und mit weiteren demokratischen Nachbarn zu gründen.

Ob das irgendwann die Vereinigten Staaten von Europa werden wird, wie Winston Churchill es vortrug, bleibt abzuwarten.

Aber ich wünsche mir von uns allen und von unseren Politikern insbesondere diesen Mut, einen neuen kraftvollen Anlauf zu nehmen.

Wir sollten das Momentum nutzen und zusammen mit Frankreich und unseren europäischen Verbündeten die Menschen auch für eine politischen Vertiefung zu überzeugen versuchen.

Wann, wenn nicht jetzt, und wer, wenn nicht wir als das reichste und größte Land in der EU, könnte das angehen.

Auch und nicht zuletzt vor den Augen unserer Kinder und Enkel, die uns in einigen Jahren sonst fragen könnten, warum wir das europäische Projekt trotz der hier genannten Notwendigkeiten nicht weitergeführt haben.

Mit diesem Plädoyer möchte ich es nicht versäumen mich ausdrücklich bei Ihnen Herr Dr. Bäcker, sowie Herrn Möller und dem ganzen Team der Hauptverwaltung hier im Norden für die geleistete Arbeit, gemeinsame Initiativen und Veranstaltungen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit ganz herzlich zu bedanken!

Uns wünsche ich hier und heute noch angeregte Gespräche. Und bleiben Sie gesund.

Vielen DANK